

Geheimniskrämerei vermutet

Bündnis DEW-kommunal beschwert sich beim Regierungspräsidenten

Das Bündnis DEW-kommunal wirft Politik und Verwaltung bei der Planung der Zukunft des Versorgers DEW21 Geheimniskrämerei und damit einen Verstoß gegen die Gemeindeordnung vor.

Gesellschafter sind zurzeit die Stadtwerke AG (53 Prozent) und RWE (47 Prozent). Wie berichtet, scheidet RWE als Anteilseigner aus, sofern der Rat nichts anderes beschließt. Zur Vorbereitung seiner Entscheidung wurden vom Rat zwei Gutachten vergeben, die sich mit den Zukunftsoptionen für DEW21 befassen sollen. Mit den ersten Ergebnissen wird Mitte Juni gerechnet.

Die Gutachten sollen jedoch nach den bisherigen Plänen der Stadt nur dem Sonder-Ältestenrat zugänglich gemacht werden. Für das Bündnis DEW-kommunal zeichnet sich das ganze Entscheidungsverfahren „durch völlige Intransparenz“ aus.

Soziales Wohl

Dabei handele es sich um eine Angelegenheit, die das wirtschaftliche und soziale Wohl der Bevölkerung wie auch die Zukunftsfähigkeit der Stadt nachhaltig berühre, argumentiert das Bündnis. Es gehe immerhin um ein zentrales Feld der Daseinsvorsorge – und um eine wichtige Weichenstellung, an der sich ablesen lasse, wie ernst es Dortmund mit der Klima- und Energiewende wirklich sei.

Das Bündnis habe wiederholt geltend gemacht, dass wegen der Tragweite der Entscheidung „unbedingt für eine frühzeitige Einbindung der Bürger“ (einschließlich einer echten Beteiligung in Form von öffentlichen Anhörungen) gesorgt werden müsse.

Rat und Oberbürgermeister beabsichtigten aber, die Ergebnisse ihrer Beratungen erst kurz vor dem formellen Beschluss des Rats, kurz vor oder nach den Sommerferien, kundzutun. Deshalb habe das Bündnis einen Beschwerdebrief an den Regierungspräsidenten in seiner Funktion als Aufsichtsbehörde geschrieben. Er soll Rat und Verwaltung „zu einer korrekten Vorgehensweise bewegen“.